

BERLIN

DDR-GESPRÄCHE

Jetzt runterspielen

Die DDR versuchte einen Trick. In einem Kabel an das Kanzleramt ging sie letzten Mittwochabend auf den Bonner Wunsch nach Wiederaufnahme des innerdeutschen Dialogs ein, verband damit aber die Absicht, eigenständige Berlin-Verhandlungen der beiden deutschen Staaten zu beginnen.

Der prestigebewußte DDR-Staatschef Walter Ulbricht wollte so einem Auftrag der vier Siegermächte zuvorkommen, sich mit der Bundesregierung über die Zugangswege nach West-Berlin zu arrangieren.

Bonn durchschaute die DDR-Taktik. Am Donnerstagmorgen berichtete Kanzleramts-Staatssekretär Egon Bahr dem Kabinett über das Fernschreiben aus Ost-Berlin, in dem sich die DDR bereit erklärte, Ende November den „Meinungsaustausch“ über Fragen der Entspannung im Zentrum Europas aufzunehmen und durch „entsprechende Maßnahmen ein positives Ergebnis der Vier-Mächte-Gespräche über West-Berlin zu fördern“.

Die Interpretation seines Begehrens hatte SED-Chef Ulbricht in einem Fernseh-Gespräch Anfang November vorweg geliefert: Die DDR-Regierung sei bereit, mit Bonn „über Fragen des gegenseitigen Transits von Personen und Waren“ zu verhandeln.

Die DDR spreche von „Transit“ und verwehre sich gegen den Bonner Terminus „Zugang“, so erfuhr die Ministerrunde, um Westdeutschland und West-Berlin als politisch selbständige Einheiten erscheinen zu lassen, deren Verkehr über fremdes Territorium läuft.

Bahr erläuterte, die Bundesregierung könne jedoch mit Ost-Berlin über den Zugang nach West-Berlin erst dann verhandeln, wenn darüber ein detailliertes Mandat der vier Mächte vorliege. Sonst würde eine von Bonn stets abgelehnte Zuständigkeit der DDR für Berlin anerkannt.

Dennoch will die Bundesregierung auf das Gesprächsangebot eingehen. Der Kanzler-Gehilfe trug auch schon die fertig formulierte Antwort bei sich: Darin bot Bonn an, die Staatssekretäre Bahr (West) und Michael Kohl (Ost) sollten in dieser Woche zu einem ersten Gespräch in Ost-Berlin zusammenkommen.

Trotz Ulbrichts Hintergedanken konnte es sich die Bundesregierung nicht leisten, die am 29. Oktober beim Bonn-Besuch der DDR-Emissäre Herbert Bertsch und Rolf Muth vereinbarte Wiederaufnahme des innerdeutschen Dialogs abzuschlagen. Denn für den Erfolg ihrer als „einheitliches Ganzes“ (Willy Brandt) konzipierten Ostpolitik ist die sozialliberale Koalition auch auf den Kontakt mit Ost-Berlin angewiesen.

So soll sich Bahr gleich zu Beginn der neuen Verhandlungsrunde gegen-



Grand Armagnac JANNEAU

die Spitzenmarke aus dem Herzen des Armagnac-Gebietes

ARMAGNAC

ist wie ein Cognac aus edlen französischen Weinen gebrannt. Er kommt aus dem gesetzlich begrenzten Gebiet der Provinz Gascogne und unterliegt strengster staatlicher Kontrolle.

GRAND ARMAGNAC

nennt man die besten unter den Armagnac-Sorten, gebrannt aus edelsten Weinen und durch lange, sorgfältige Lagerung in Fässern aus Steineiche gealtert.

GRAND ARMAGNAC JANNEAU

ist der große Armagnac aus dem über 100 Jahre alten Haus Janneau, Fils & Cie., der Armagnac von stets gleichbleibender Qualität, der beliebteste und meistgetrunkene.

Für anspruchsvolle Genießer ... in der ganzen Welt!

Alleinimport: ROLAND MARKENWAREN-IMPORT GMBH · 28 BREMEN 1

über Kohl auf das Agreement vom 29. Oktober berufen, den Meinungs-
tausch ohne Vorbedingungen zu füh-
ren. Der Bonner Unterhändler will
daher versuchen, sich mit seinem
Ost-Berliner Kollegen zunächst ein-
mal über die Prozedur der künftigen
Gespräche zu einigen. Kanzleramts-
Ministerialdirektor Ulrich Sahn, der
Bahr begleiten wird, nannte die Kurz-
formel für das Bonner Konzept: „Wir
werden darüber sprechen, worüber wir
sprechen werden.“

Bonn hofft, daß so der erst Ende
Oktober wieder geknüpft Gesprächs-
faden nicht abreißt und zugleich die
Zeit überbrückt wird, bis sich die vier
Mächte bei ihren Verhandlungen im
Berliner Kontrollratsgebäude geeinigt
haben, die beiden deutschen Staaten
mit Vereinbarungen über den Zugang
zu beauftragen. Ein Bundesminister:
„Das kommt noch in diesem Winter.“

Die Experten der vier Botschafter
haben sich schon gemeinsam Gedan-



DDR-Gesprächspartner Bahr
Transit oder Zugang?

ken über Umfang und Inhalt des Auf-
trags gemacht. Die Bundesregierung
erwartet, daß sich Westmächte und
Sowjet-Union bis Anfang Dezember
über die Formulierung des Mandats
einig werden. Während die westlichen
Alliierten durch einen präzise gefaß-
ten Auftrag den Verhandlungsspiel-
raum der beiden deutschen Regierun-
gen klein halten möchten, will Mos-
kau der DDR durch eine allgemeiner
gehaltene Ermächtigung mehr freie
Hand lassen.

Mit dieser Geste möchte die Sowjet-
Union die DDR für den Druck ent-
schädigen, mit dem Moskau die SED-
Spitze gezwungen hat, das Gespräch
mit Bonn aufzunehmen und zu einer
Berlin-Lösung beizutragen.

Nur widerstrebend hatte sich Ost-
Berlin Ende Oktober, zwölf Tage vor
der Hessenwahl, bereit gefunden, mit
Bonn eine Wiederaufnahme der Ge-
spräche zu vereinbaren; der entspan-
nungsunwillige SED-Flügel hoffte
damals freilich, daß die Bonner Regie-
rungskonkordanz nach der Wahl ausein-

59% aller Hausbesitzer sagen:

„Heute würde ich es besser machen!“

Ich bitte
um Ihre Badezimmer-
Informationen
kostenlos - unverbindlich

Name: _____

PLZ/Ort: _____

Straße: _____

Einsenden an Villeroy & Boch
Generaldirektion
6642 Mettlach/Saar



Dieser Coupon erspart Ihnen das
„Heute würde ich ...“

Villeroy & Boch hilft Ihnen, Bäder
zur Entspannung, zum Wohlfühlen
zu bauen: Bäder mit Komfort. Un-
sere Bild-Informationen zeigen Ih-
nen, wie Sie Fehler beim Bauen
vermeiden können. Denn:

59 % aller Hausbesitzer wollen
großzügigere Bäder!

80 % würden ihr Bad mit kerami-
schen Fliesen ausstatten. 50 %
wünschen ein vom Bad getrenntes
WC, Waschtische in den Gäste-
zimmern, ein Sitzwaschbecken.

Bäder, die für immer gefallen –
mit keramischen Fliesen, Wasch-
tischen, Brausetassen, WC's und
Sitzwaschbecken von Villeroy &
Boch. Alles von einem Hersteller
mit Können und Sorgfalt gestaltet
– das ist Einheit in Form, Farbe
und Qualität.



VILLEROY & BOCH
Generaldirektion, 6642 Mettlach/Saar

Für die Zukunft gut geplant – das Bad von Villeroy & Boch

anderbrechen und die DDR so der Last enthoben werde, sich künftig mit Brandts Ost-Offensive auseinandersetzen zu müssen.

Nachdem der Wahlerfolg der FDP in Hessen die Koalition gefestigt hatte und sich Deutsche und Polen zudem in Warschau über einen Grenzvertrag einig geworden waren, forderte Sowjet-Botschafter Pjotr Abrassimow am Mittwoch letzter Woche, am Tage der Paraphierung des Warschau-Abkommens, die DDR auf, endlich den zweiten Schritt zu tun. Ulbricht folgte widerwillig und wies den Staatssekretär Kohl an, nach Bonn zu deponieren. Ein Bundesminister freute sich: „Wenn sich alles bewegt, müssen die sich auch bewegen.“

Doch vor voreiligen Erfolgsmeldungen schreckt Bonn zurück. Der Innerdeutsche Minister Egon Franke mahnte zur Zurückhaltung: „Es wird schon außerordentlich schwierig sein, sich auch nur auf die Tagesordnung für das innerdeutsche Gespräch zu verständigen.“

Nach den Erfahrungen mit den spektakulären Gipfeltreffen in Erfurt und Kassel will Bonn künftig, ohne viel Aufsehen zu erregen, auf ein Arrangement mit der DDR hinarbeiten. Franke: „Wir müssen jetzt runterspielen.“

POLIZEI

WEIL-FLUCHT

Deutsche Dinge

Was weder Botschaftengespräche um Berlin noch gesamtdeutsche Gipfelkonferenzen bislang bewirken konnten — ein 21jähriger Hilfskrankenpfleger deutsch-nationaler Gesinnung brachte es zuwege: Am Freitag letzter Woche waren die Kommentatoren diesseits und jenseits der Mauer, sonst spinnefeind, einer Meinung.

Den Anlaß lieferte der Hecken-schütze Ekkehard Weil, der am 7. November am sowjetischen Ehrenmal im West-Berliner Tiergarten aus dem Hinterhalt den Posten Iwan Schtscherbak, 20, durch zwei Schüsse in Hand und Brust verletzt hatte, 24 Stunden später gefaßt worden war, am Donnerstag letzter Woche aber der Polizei entlaufen konnte.

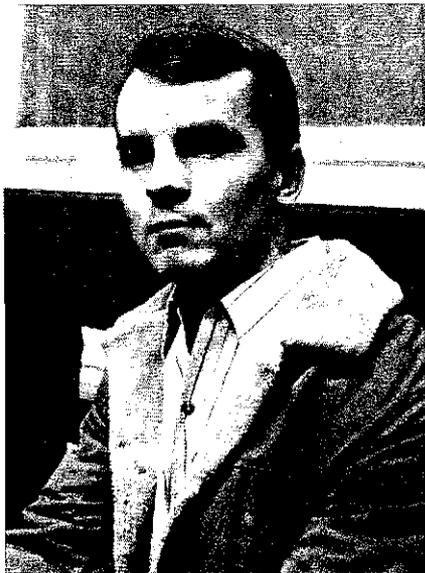
Die „Berliner Morgenpost“ aus dem Hause Springer beklagte den Skandal „nicht nur wegen der Alliierten, denen niemand verdenken könnte, wenn sie hinter dem gelungenen Fluchtversuch ... ein Zusammenspiel rechter Unbelehrbarer vermuteten. Denn so... verbrecherisch fahrlässig kann eine Großstadtpolizei eigentlich nicht arbeiten“. Und „Bild“ fragte gar: „Wird Berlin die Schießbude der Nation?“

Das „Neue Deutschland“ aus dem Hause der SED-Führung am Ost-Berliner Werderschen Markt: „Der jüngste Vorfall zeigt doch, in welchem Maße die Neonazis in Westberlin Aktionsraum besitzen.“ Und die Ost-

„Berliner Zeitung“ fragte: „Ist es eigentlich üblich, daß politische Gewalttäter, deren Vorliebe für Schußwaffen bekannt ist, ungefesselt von nur zwei Polizisten begleitet werden?“

Üblich oder nicht — im Fall Weil jedenfalls verzichtete der Beamte, der den Untersuchungshäftling am Donnerstag um 12.45 Uhr vom Haus der Berliner Kriminalpolizei in der Gothaer Straße zum Quartier der politischen Polizei am Tempelhofer Flughafen bringen sollte, entgegen bindender Dienstvorschrift darauf, dem Ekkehard Weil Handschellen anzulegen und sich selber eine Pistole einzustecken.

In Tempelhof angekommen, wollte der kurz vor der Pensionierung stehende Weil-Bewacher, Obermeister Bartholomäus Weber, 59, den Häftling am Jackenärmel zum Verhör führen. Doch Weil schlüpfte flugs aus seinem Kunstleder-Janker, spurtete über den



Attentäter Weil
Schicksalspruch in Seife

Hof, verschwand im nächsten U-Bahneingang und später im Tempelhofer Viktoria-Park, kam mit einem Fahrrad wieder zum Vorschein und radelte davon.

Der kurzatmige Obermeister verlor seinen Schützling schon im U-Bahn-Schacht aus den Augen. Er kehrte um, alarmierte die Funk-Betriebszentrale und löste damit die in der Berliner Polizeigeschichte aufwendigste Großfahndung aus, die einen Tag später zum Erfolg führte: Polizei-Oberwachmeister Ulrich Lewwe, 28, entdeckte den Flüchtigen nahe der Mauer, in Frohnau in der Hofjägerallee, und nahm Weil mit vorgehaltener Pistole fest.

Bereits am Donnerstag aber hatte West-Berlins Innensenator Kurt Neubauer („Ein Scheißdreck ist das“) eine Untersuchung über die Hintergründe der Weil-Flucht eingeleitet. Die Kripo vernahm Schutzpolizei-Obermeister Weber und stellte fest, daß der Beamte keinerlei Anweisung hatte, sich zu bewaffnen oder Weil zu fesseln, und von

allein nicht auf diesen Gedanken gekommen war.

Er berief sich vielmehr auf die erst kürzlich nach der Entwaffnung eines Polizisten durch einen Häftling ergangene Anordnung, die Polizeibeamten das Betreten von Haftanstalten nur unbewaffnet gestattet. Und dies, so nahm Weber zu Unrecht an, gelte auch für Gefangenen-Transporte — die freilich in West-Berlin in aller Regel, wie auch bei früheren Weil-Transporten, von zwei bewaffneten Beamten begleitet worden sind und bei denen die Häftlinge gefesselt waren.

Zu prüfen bleibt aber auch die Nachricht des West-Berliner „Extra-Dienstes“, daß Weil, weil unzulänglich bewacht, noch am 14. November aus einem Fenster des Kripo-Hauptquartiers an der Gothaer Straße in Seife gedrückte Kassiber auf die Straße werfen konnte. Textprobe: „Und handeln sollst du so, als hing von dir und deinem Tun allein das Schicksal ab der deutschen Dinge und die Verantwortung wär dein.“

Und ungewiß ist überdies noch immer, ob sich Weil, wie er beteuerte, in der Nacht zum 7. November tatsächlich allein auf den Weg zum Sowjet-Ehrenmal machte und, wie er angab, nach der Tat Gewehr und andere Tatwerkzeuge wirklich in den Landwehrkanal versenkt hat. Denn trotz intensiver Suche kam bislang kein einziges Stück der Weil-Habe wieder zum Vorschein.

Doch was immer die Untersuchung schließlich ergeben und wer immer die Verantwortung für die Weil-Flucht tragen mag — zu beantworten bleibt letztlich die Frage, wie die Polizeiführung bei „einem der heikelsten Kriminalfälle in der Geschichte Berlins“ („Tagesspiegel“) darauf verzichten konnte, ihren Beamten detaillierte Anweisungen für den Umgang mit dem Attentäter zu geben, und nicht dafür sorgte, daß in diesem „Fall von höchster politischer Bedeutung“ (Neubauer) Pannen unterblieben.

Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Schütz findet den Vorgang „so skandalös, daß es für ihn möglicherweise eine Erklärung gibt, aber keine Entschuldigung“. Denn gerade in diesen Wochen, in denen die Botschafter der vier Großmächte an einer Berlin-Lösung arbeiten und Ost-Berlin, wo immer sich die Möglichkeit bietet, Fortschritte zu verhindern trachtet, ist die Weil-Flucht in der Tat mehr als nur ein Polizei-Skandal. Bereits auf der letzten Botschafter-Tagung am 16. November nahm Sowjet-Delegat Abrassimow das Attentat zum Anlaß, eine Stunde lang gegen die Unsicherheit in West-Berlin zu polemisieren, und Innensenator Neubauer befürchtete am Donnerstag neue „Schlußfolgerungen“ des Sowjet-Botschafters beim nächsten Treffen.

Nach der Weil-Festnahme aber scheint diese Gefahr gebannt. Schlußfolgerungen drohen allein der Berliner Polizeiführung. Klaus Schütz: „Gegen die verantwortlichen Beamten werden Disziplinar-Verfahren eingeleitet.“